

26

N

1997

## FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT

Leitungsrecht zugunsten der RWE Energie AG

Planungsrechtliche Festsetzungen:

1. Die Oberkante der baulichen Anlagen darf maximal 12 m über Gelände liegen.
2. Von den Festsetzungen "Oberkante der baulichen Anlagen" kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde eine Ausnahme gem. § 31 (1) BauGB um 5 m für einzelne funktionsbedingte untergeordnete Bauteile zulassen.
3. Bei den Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern sind nur landschaftsgerechte, heimische Gehölze zulässig.
4. Entlang neuer Grundstücksgrenzen ist mindestens auf jedem Grundstück ein Streifen von 3,00 m Breite landschaftsgerecht zu bepflanzen.
5. Bei den im Elt-Schutzstreifen vorgesehenen Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern darf die Endwuchshöhe maximal 5 m über bestehendem Gelände liegen. Die Bepflanzung ist vor Durchführung der Maßnahmen mit der RWE Energie AG abzustimmen.

Alfhausen den 08.06.1994

Stellv. Bürgermeister

Gemeinde Althausen

Bürgermeister

#### 4. Ausfertigung

SAMTGEMEINDE BERSENBRÜCK  
LANDKREIS OSNABRÜCK

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 11.05.1993 die Aufstellung des Bebauungsplanes beschlossen.  
Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 12.05.1993 ortsüblich bekanntgemacht.  
Altfahren, den 08.06.1994, 1

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens für den Bebauungsplan ist gemäß § 12 BauGB am 30.09.1995 im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück bekannt gemacht worden.  
Der Bebauungsplan ist damit rechtsverbindlich geworden.  
Althausen, den 18.10.1995

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 01.05.1993 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 12.05.1993 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 01.06.1993 bis 01.07.1993 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen

Altfahren, den 08.06.1994

1. Bürgermeisterin

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 31.05.1994 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen. Alfhhausen, den 08.06.1994

Innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

	Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet durch das
--	---

PLANUNGSBÜRO DR. HARTMUT SCHOLZ  
Redaktion - Gestaltung u. Landeskpflege  
Niederschlag 4, 40544 Gelsenkirchen  
Tel. (0540) 2 22 37 Fax (0540) 2013 35

Osnabrück, den 17.5.1993/5.1.1994

GE	II a
0,8	1,6

B-PLAN NR. 14  
„GEWERBEGEBIET AN DER  
B-68 / K 145“

B-PLAN NR. 17  
„GEWERBE GEBIET AN DER  
ANKUMER STRASSE“

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom .....).

Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den .....

H I N W E I S E :

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, daß diese Funde meldepflichtig sind. Es wird gebeten, die Funde unverzüglich einer Denkmalbehörde oder einem Beauftragten für die Archäologische Denkmalpflege zu melden.

Innerhalb der Baubeschränkungszone im Abstand von 40 m vom befestigten Fahrbahnrand der Bundesstraße 68 dürfen Werbeanlagen im Blickfeld zur Straße nicht errichtet werden. Hiervon ausgenommen ist lediglich Werbung an der Stätte der Leistung, die unbeschadet baurechtlicher Genehmigungen der Zustimmung der Straßenbauverwaltung bedarf.

Von der Bundesstraße 68 gehen erhebliche Emissionen aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche geltend gemacht werden.

Die Baugrundstücke sind entlang der Straßenbegrenzungslinie zur Bundesstraße 68 fest und lückenlos einzufrieden und in diesem Zustand dauernd zu erhalten (§ 9 FStrG i. V. m. Nr. 2 der Zufahrtenrichtlinien). Sichtwinkel sind oberhalb 0,80 m Höhe über Straßenebene von jeder Sichtbehinderung dauernd freizuhalten. Es sind nur Einzelbäume zulässig, bei denen die Äste nicht unter 2,50 m Höhe über Gelände ansetzen (§ 11 (2) FStrG).

Eine Bebauung im Schutzstreifen der 30 kV-Freileitung ist teilweise möglich, wenn die erforderlichen Mindestabstände zwischen den geplanten Bauvorhaben und der vorhandenen 30 kV-Freileitung gemäß DIN VDE 210-12.85 eingehalten werden, die betrieblichen Belange der RWE Energie AG berücksichtigt werden und eine frühzeitige Abstimmung erfolgt ist.

Planunterlage      angefertigt vom  
Katasteramt      Osnabrück  
Maßstab 1: 1000

Landkreis Osnabrück, Gemeinde Alfhausen

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte, Maßstab 1 : 1000

Gemarkung Alfhausen, Wullen Flur 1,2

Feldvergleich vom 14.02.92 Az.: V 2005/92

Katasteramt Osnabrück, den 10.04.1992

Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet ( § 13 Abs. 4 Nds. Vermessungs- und Katastergesetz vom 02 Juli 1985 - Nds. GVBl. S. 187 ) ; dazu gehören auch Zwecke der Bauleitplanung.